

# Union in Deutschland

## Informations-Dienst

der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands

Zahlungen an Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, Bonn, Blücherstraße 14, Postscheckkonto Köln 36531 und Bankverein Westdeutschland, Filiale Bonn 7487

Nr. 64

Bonn, den 13. August 1952

VI. Jahrg.

## Der Bundeskanzler über Saarfrage und Montanunion

Ein Interview auf dem Bürgenstock

Auf dem Bürgenstock gab Bundeskanzler Dr. Adenauer anlässlich der Konstituierung der Schumanplanbehörde in Luxemburg dem Vertreter der christlich-sozialen Zeitung „Luxemburger Wort“ ein Interview. Er nannte den Tag in Luxemburg ein „Ereignis von denkbar größter politischer Bedeutung für Europa“ und beantwortete dann einige Fragen über die Saarverhandlungen.

Ebenso wie Außenminister Schuman in der gleichen Ausgabe der Zeitung gab Dr. Adenauer seiner Zuversicht Ausdruck, daß man doch noch zu einem befriedigenden Ergebnis kommen werde. Er äußerte sein Erstaunen über die in der Öffentlichkeit vielfach zum Ausdruck gebrachte Skepsis. Zunächst sei man dabei, die beiderseitig bestehende Vorstellung von einer „Europäisierung“ zu fixieren.

„Dabei“, so fuhr Dr. Adenauer fort, „darf man nicht außer acht lassen, daß die letzte Entscheidung bei der Saarbevölkerung selbst liegt. Es ist selbstverständlich, daß zuerst freie Wahlen an der Saar stattfinden müssen, und daß zunächst keine Festlegung zwischen Frankreich und Deutschland erfolgen kann, bis die saarländischen Parteien ihre Zustimmung zur Europäisierung gegeben haben. Denn es wird keine Beruhigung in dem Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland geben, wenn nicht in dieser Frage ein Votum gegeben ist, das als echte Meinung der saarländischen Bevölkerung angesehen wird. Der jetzige Landtag wird nicht anerkannt als die freigewählte Vertretung des saarländischen Volkes. Nur bei freien Wahlen wird ein Landtag hervorgehen können, gegen dessen Entscheidung niemand etwas einwenden kann.“

Auf die Frage, welches außer der Besserung der Beziehung zwischen Deutschland und Frankreich die weiteren Vorteile einer „Europäisierung“ sind, antwortete Dr. Adenauer:

„Wenn dadurch eine wirkliche Normalisierung in dem Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland eintritt, ist das wohl der größte politische Fortschritt, der damit erzielt werden kann. Wenn übrigens ein guter Anfang einmal in diesem Sinne gemacht ist, wird der Weg nach einem konföderativen Europa geebnet sein.“

Der Bundeskanzler führte dann weiter aus:

„Wenn wir in eine Europäisierung einwilligen, vorausgesetzt, daß die Bevölkerung es will, bringen wir ein großes Opfer, das anerkannt werden muß! Das Wesentliche in der Saar sind Kohle und Eisen! Wenn der Schumanplan Wirklichkeit ist, kann sich von dort her kein Hindernis stellen, d. h. von der Frage her, was dieses Potential wirtschaftlich bedeutet. Die Saar-

frage muß heute anders betrachtet werden als früher, da es noch keinen Schumanplan gab.“

Über den persönlichen Eindruck, den der Vertreter des „Luxemburger Wort“ vom Bundeskanzler erhielt, berichtet er:

„Wer ist nicht im Banne dieser großen, würdigen Gestalt, die heute in der europäischen Politik eine erste Rolle übernommen und der deutschen Bundesrepublik einen ehrenhaften Platz in der internati-

onalen Völkergemeinschaft gesichert hat? Ich kannte Adenauer von Luxemburg her, wo er sich 1947 zum ersten Male im Rahmen der Nouvelles Equipes Internationales, in Begleitung seines Freundes Jakob Kaiser, an die Öffentlichkeit wandte. Damals war er müde und voller Sorge um die Zukunft seines Landes... Der Mann aber, der mir hier auf der Höhe des Bürgenstocks entgegenkommt, ist froh und noch frischer, als ich ihn voriges Jahr in Bad Ems sah. Er hat Deutschland herausgeführt aus der Nacht und aus der Verzweiflung der Nachkriegswirren. Er hat das Verlangen nach Europa in der deutschen öffentlichen Meinung geweckt und vielleicht in diesem Volke und in der Saarbevölkerung das Verständnis für eine europäische Lösung der Saarfrage groß werden lassen.“

## Die europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl

Am 10. August hat sich in Luxemburg in feierlichem Rahmen die Hohe Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl konstituiert, nachdem am 25. Juli 1952 der Vertrag durch die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden in Kraft getreten ist. Damit beginnt das große europäische Werk, das mit anderen zusammen die Grundlage für die Einigung unseres Erdteiles werden soll. Das Bulletin des Presse und Informationsamtes der Bundesregierung schreibt hierzu:

„Der Tag, an dem die Behörden des Schumanplanes ihre Tätigkeit aufnehmen, dürfte für die europäische Geschichte ähnlich bedeutsam sein, wie für die deutsche Geschichte der Tag, an dem in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts der deutsche Zollverein Wirklichkeit wurde. Wie der Zollverein erstmals den ersten konkreten Schritt auf dem Wege zur deutschen Einheit darstellte, so ist die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl

der erste konkrete Schritt auf dem Wege zur europäischen Einheit. Es ist kein Zufall, daß sowohl Zollverein wie Montanunion Gebilde sind, die auf dem Boden der Wirtschaft wuchsen; denn die stürmische wirtschaftliche Entwicklung, die in der Zeit der technischen Erfindungen und der Industrialisierung ihren Anfang nahm, hat noch immer nicht ihren Abschluß gefunden. Sie eilt der politischen Entwicklung voraus und zwingt zu immer größeren Zusammenschlüssen...“

Die Aufgaben der Montanunion sind klar und fest umrissen. Sie soll die ihren Befugnissen unterstehenden Teile der europäischen Wirtschaft von allen überflüssigen Fesseln befreien und auf der Grundlage eines gemeinsamen Marktes zur Ausweitung der Wirtschaft, zur Steigerung der Beschäftigung und zur Hebung der Lebenshaltung in den Mitgliedsstaaten beitragen.

Das wirtschaftliche Programm der Montanunion, nämlich Steigerung der Produktivität, ist in diesem Sinne identisch mit ihrem sozialen Zweck. Neben und über diesen wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten steht aber das politische Ziel: die europäische Einheit. Der Gemeinschaft für Kohle und Stahl wird bald die europäische Verteidigungsgemeinschaft folgen. Schon heute aber sind sich alle verantwortlichen Politiker darin einig, daß auch die politische Organisation der an Schumanplan und Verteidigungsgemeinschaft beteiligten Staaten europäisiert werden muß. Eine solche politische europäische Organisation wird zugleich Folge und Voraussetzung des glücklichen Gelingens der Montanunion sein.“

## Zu den Saarverhandlungen

„Immerhin, ich bin durchaus optimistisch und denke, wir werden zu einem Resultat gelangen. Bei solchen Besprechungen ist es vor allem wichtig, sich in die Mentalität des Partners zu versetzen. Auch gilt es zunächst einmal, sich auf ein Vokabular zu einigen, damit die Worte, die da gesprochen werden, für beide Parteien auch den gleichen Sinn haben. Dieses Vokabular sind wir eben daran, festzulegen. Danach erst wird mir den großen Meinungsaustausch zu beginnen sein.“

Außenminister Robert Schuman im „Luxemburger Wort“



## Sie sagen „Europa“ ...

Die neue Verzögerung, die in den deutsch-französischen Gesprächen über das Saarproblem eingetreten ist, gibt um so mehr Veranlassung, sich über den Stand dieser Diskussion voll Klarheit zu verschaffen, als von der Gruppe Grandval-Hoffmann gerade in diesem Stadium neue Vorstöße unternommen werden, um den deutschen Rechtsstandpunkt zu erschüttern. Wir geben dazu einem geschätzten Mitarbeiter aus dem angrenzenden Nachbarlande Rheinland-Pfalz Raum:

In Rheinland-Pfalz verfolgt man die Entwicklung dieser Auseinandersetzungen naturgemäß mit gesteigerter Aufmerksamkeit, denn das Saarland ist nicht nur der unmittelbare Nachbar von Rheinland-Pfalz, sondern es ist mit diesem Lande in der vielfältigsten Form eng verbunden, ganz abgesehen davon, daß gewisse Teile von Rheinland-Pfalz erst nachträglich abgetrennt und dem Saargebiet angegliedert worden sind. Kaum ein anderer deutscher Staatsmann oder Politiker ist nächst dem Bundeskanzler so berufen, als Sprecher des deutschen Volkes in der Saarfrage aufzutreten, wie der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Peter Altmeier, der — selbst ein geborener Saarländer — schon oft mit größtem Nachdruck den deutschen Rechtsstandpunkt in dieser nationalen Sache vertreten hat. Ende Juli hat er dies in einer Rede in Zweibrücken erneut getan, und das recht unfreundliche Echo, das diese Rede in Frankreich geweckt hat, zeigte, wie genau er die schwachen Stellen in der gegnerischen Position getroffen hat.

### Ein verfehelter Vergleich

Der Ministerpräsident hatte in dieser Rede den im Saargebiet leider eingetretenen Rückfall in ein System gegeißelt, das dem Bürger verbieten möchte, sich zu seinen eigenen Auffassungen, ja zu seinem angestammten Vaterland zu bekennen. Was hat die Gruppe Grandval-Hoffmann darauf zu erwidern gewußt? Im Bulletin der französischen Mission diplomatique in Saarbrücken, der „Chronique Sarroise“, wird (ohne direkte Bezugnahme auf die Zweibrückener Rede, aber in deutlichem Zusammenhang mit ihr) ein recht merkwürdiger Vergleich zwischen den Saarbrücker und den Bonner Methoden angestellt. Was solle man dazu sagen, so wird dort gefragt, wenn die Bundesregierung mit virtuoser Leichtigkeit sich dazu entschlief, Zeitungen zu verbieten oder zu beschlagnahmen, um sich gleich hinterher mit der gleichen Leichtigkeit dazu herzugeben, diese selben „Übeltaten“ der Saarregierung vorzuwerfen? Dazu gehöre das letztlich stark ins Rampenlicht gerückte Verbot politisch unbequemer Parteien. Das ist in der Tat ein bemerkenswert verfehelter Vergleich. Wenn in der Bundesrepublik politische Gruppen oder Zeitungen verboten wurden, so handelte es sich bekanntlich immer nur um kommunistische oder faschistische Organe. Die Verbote waren also eine Schutzmaßnahme für die Demokratie, der doch gerade die westlichen Alliierten am allerwenigsten widersprechen können. Die „Chronique Sarroise“ aber bringt es fertig, diese Verteidigung der Demokratie mit den höchst undemokratischen Willkürmaßnahmen der von Monsieur Grandval angespornen Saarregierung gegen demokratische Parteien und Blätter auf eine Linie zu stellen. Das Rezept, nach dem in Saarbrücken verfahren wird, ist allzu einfach und allzu durchsichtig. Eine Partei, die dort zugelassen sein will, muß erklären, daß sie die demokratische „und staatliche“ Ordnung im Saargebiet anerkennt. Wer das letztere nicht erklären will, dem „kann“ die Zulassung verweigert werden. Das heißt also, wer für Grandval und seine Richtung

arbeiten will, wird zugelassen, und wer das nicht will, wird nicht zugelassen. Und genau so ist es bei den Zeitungen.

### Die territoriale Frage

Gegen dieses System hat sich Altmeier mit aller Schärfe gewendet. Man würde seine Rede gründlich mißverstehen (und das geschieht drüben zum Teil offenbar absichtlich), wenn man glauben wollte, sie sei an die Adresse Frankreichs schlechthin gerichtet und sei eine Absage an eine deutsch-französische Zusammenarbeit im europäischen Sinne. Im Gegenteil! Nur ist der Begriff „mit Frankreich“ keineswegs gleichbedeutend mit dem Begriff der „Gruppe Grandval-Hoffmann“. Je näher die Nachbarschaft ist, aus der man das Treiben dieser Gruppe beobachtet, um so unmöglicher wird es, mit ihr eine gemeinsame Basis zu finden, und nur auf sie sind die Worte Altmeiers gemünzt: „Man muß verstehen, daß die Erfahrungen der letzten Jahre uns mißtrauisch gemacht haben, mißtrauisch auch da, wo die Vertreter eines solchen Systems an der Saar versuchen, sich unter den Schutzmantel Europas zu retten. Sie sagen Europa, und sie meinen die Trennung von Deutschland.“

### Schumacher stößt offene Türen ein

Gerade in Mainz unterstreicht man, wie aus diesen Sätzen des Ministerpräsidenten klar hervorgeht, mit größtem Nachdruck jene Grundlinie der Saarpolitik des Bundeskanzlers, die dahin geht, daß schon im Hinblick auf die Ablehnung jedes territorialen Verzichts im Osten selbstverständlich das gleiche Prinzip auch im Westen gelten muß. Vereinbarungen über eine europäische Lösung der Saarfrage, sofern sie mit territorialen Veränderungen verbunden sind,

## Das östliche Gesicht der Saarfrage

Der Bolschewismus sieht ein Übereinkommen in der Saarfrage als gegen seine Interessen gerichtet an. Er ist deshalb offensichtlich bemüht, Öl ins Feuer zu gießen, und seine „internationalen“ Handlanger bemühen sich dabei, an nationalistische Instinkte zu appellieren. So haben die französischen kommunistischen Abgeordneten Kriegel, Valrimont und Marcel Rosenblatt in einer Anfrage an den Auswärtigen Ausschuß der Pariser Nationalversammlung die Besprechungen zwischen Außenminister Schuman und Staatssekretär Hallstein als einen „Anschlag auf die territoriale Integrität Frankreichs“ bezeichnet. Diese Verhandlungen seien ein „Versuch, die Nationalversammlung vor vollendete Tatsachen zu stellen“. Wie sehr dieser Schritt der französischen kommunistischen Abgeordneten in das Konzept der Sowjetunion paßt, erkennt man schon aus dem Interesse, mit dem Radio Moskau diese Erklärung in fast allen Nachrichtensendungen verbreitete.

In dem einheitlich gelenkten Konzert der bolschewistischen Rundfunkstimmen darf natürlich auch der sowjetzonal „Deutschlandsender“ nicht fehlen! Er erklärt im bekannten Jargon: „Die sogenannte Europäisierung soll praktisch auf eine Ame-

könnten daher auch immer nur provisorischen Charakter haben, nämlich (genau wie im Osten) bis zu einer endgültigen Lösung durch einen gesamtdeutschen Friedensvertrag. Warum opponiert nun die SPD auch in diesem Falle wieder so eilig? Warum versucht sie auch hier, vollkommen klare politische Ziele und Begriffe zu vernebeln? Sie sieht offenbar ganz richtig voraus, daß beispielsweise eine Lösung mit einer europäischen Montanunion-Hauptstadt Saarbrücken-Saarlouis (ein Projekt, dem nebenbei vorläufig nur die Bedeutung eines nicht von uns, sondern von ganz anderer Seite gestarteten Versuchsballons zukommt) der beliebte Einwand der SPD hinfällig würde, daß die Bundesregierung nach Pankower Muster deutsches Land „verschachere“. Und ferner würde es nicht in das Programm Schumachers und seiner Leute passen, wenn bei einer solchen Lösung das übrige Saargebiet, also dessen weitaus größter Teil, aller Voraussicht nach dann doch wieder mit Rheinland-Pfalz zusammengelegt werden müßte. Dadurch würde der Bestand dieses Landes, dem die SPD — wenigstens bei der jetzigen koalitionspolitischen Konstellation — ein schleuniges Ende wünscht, vermutlich garantiert sein. Die SPD braucht sich aber keine Sorgen wegen der Saarpolitik zu machen. Das auf intimster nachbarlicher Kenntnis beruhende Urteil in Mainz geht in voller Übereinstimmung mit dem der Bundesregierung dahin, daß eine Lösung im Sinne der Gruppe Grandval-Hoffmann nicht in Frage kommt.

### Der echte Europagedanke

Die Voraussetzung für jede echte europäische Lösung der Saarfrage bleibt es, daß auch die Franzosen, wenn sie von uns Konzeptionen verlangen, ihrerseits zu den gleichen Zugeständnissen bereit sind. Ein einseitiger deutscher Verzicht würde sowohl dem Grundgesetz widersprechen (worüber die Koalition nicht erst von der Opposition belehrt zu werden braucht) als auch ein unerträgliches Präjudiz im Hinblick auf den deutschen Osten bedeuten. Wenn Paris eine wirkliche europäische Lösung wünscht, wird es auf die Hilfstuppe Grandval-Hoffmann verzichten müssen.

Das Bild wird abgerundet, wenn die Pariser kommunistische „Humanité“ die neue Entwicklung in den deutsch-französischen Saargebüschen — wieder unter deutlicher Spekulation auf nationalistische Instinkte — als ein „neues Erpressungsmanöver der deutschen Revandepolitiker bezeichnet, „um ihre Forderungen auf Lothringen durchzudrücken“.

Aus allem ist deutlich zu erkennen, daß Moskau eine solide Bereinigung der Saarfrage nicht wünscht. Der Grund ist einleuchtend: Alles, was die freien Völker entzweit, stärkt naturgemäß die Position des Bolschewismus. Das sollte man überall dort einsehen, wo es darauf ankommt, Reibungsflächen unter den freien Völkern zu beseitigen und wirkliche Lösungen zu finden.



## A I a Schuman-Plan

### Montan-Union beginnt ihre Arbeit

Im Rathssaal der Stadt Luxemburg ist am 10. August die Oberbehörde der Montan-Union zu ihrer ersten Sitzung zusammengetreten. In feierlicher Form verpflichtete der Präsident der Behörde, der Franzose Jean Monnet, vor dem diplomatischen Korps und den Regierungsdelegationen der sechs an der Montan-Union beteiligten Länder die Mitglieder der Oberbehörde auf ihre europäische Aufgabe. Als deutsche Vertreter nahmen der CDU-Bundestagsabgeordnete Franz Etzel, der zugleich Vizepräsident der Oberbehörde ist — und Dr. Heinz Potthoff an der Eröffnungssitzung teil. „Wir werden unsere Tätigkeit in voller Unabhängigkeit im allgemeinen Interesse der Gemeinschaft ausüben“, erklärte Monnet. „Bei der Ausübung unserer Pflichten werden wir keine Weisungen einer Regierung oder einer anderen Stelle erbitten oder empfangen und jegliche Handlung unterlassen, die mit dem überstaatlichen Charakter unserer Tätigkeit unvereinbar ist. Wir nehmen hiermit zur Kenntnis, daß sich die Mitgliedstaaten verpflichtet haben, diesen überstaatlichen Charakter zu achten und nicht zu versuchen, uns bei der Erfüllung unserer Aufgaben zu beeinflussen.“

In einem Überblick über Ziele und Pläne der Montan-Union, die den ersten konkreten Schritt zu einem vereinigten Europa darstellt, kündigte Monnet den baldigen Fortfall aller Zollschranken, der quantitativen Beschränkungen und aller Diskriminierungen an. Der Vertrag, unter dem sich die sechs Staaten zusammengeschlossen hätten, sei zugleich das erste Antitrustgesetz, das die Auflösung aller Kartelle und anderer wirtschaftlicher Machtzusammenballungen ermöglicht und die Produktion der beiden Grundindustrien in den unmittelbaren Dienst der Verbraucher stellt. Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen aller Arbeitnehmer, niedrigere Preise, größere Kaufkraft für den Verbraucher, Ausdehnung und Vereinheitlichung des Marktes, Herabsetzung der Produktionskosten und Erweiterung der Absatzgebiete nannte Monnet als die Hauptziele dieser Organisation, die 155 Millionen Menschen einen gemeinsamen Markt für Kohle und Stahl schaffen werden.

Aufgabe der Oberbehörde sei es nicht, die Erzeugung und Förderung der beiden Grundstoffe zu leiten, sondern dahin zu wirken, daß sich die Produktion zum Besten aller entwickle. Alle wichtigen Entscheidungen würden nur nach eingehender Untersuchung der Bedingungen und Probleme innerhalb der Gemeinschaft vorgenommen werden. Die Beratende Versammlung aus Vertretern der Arbeitnehmer, Verbraucher, Unternehmer und Händler werde schon in den nächsten Wochen zusammentreten. Monnet kündigte weiter Besprechungen an, um einer Verwirklichung des britischen Wunsches nach einer möglichst engen Verbindung mit der Gemeinschaft näherzukommen. Die Schaffung eines vereinigten Europas dulde keinen Aufschub mehr. Die Oberbehörde sei überzeugt, so schloß Monnet, daß sie bei der Ausführung ihrer Aufgabe nicht nur auf enge Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten, den Vereinten Nationen, der OEEC und dem Europarat, sondern auch auf die Unterstützung der ganzen freien Welt rechnen könne.

In einem Interview wandte sich der deutsche Vizepräsident der Hohen Behörde, Bundestagsabgeordneter Etzel, gegen die Behauptung, die Hohe Behörde sei nur ein neuer Ausdruck eines „übernationalen Überkartells“: „Wir werden am werdenden Europa wie in einer Familie arbeiten, jeder einzelne seiner nationalen Herkunft bewußt und stolz auf sie, wir alle zusammen aber Europäer ohne nationale Ressentiments.“ Die Hohe Behörde solle nicht produzieren und nicht verkaufen, sondern nur den Markt bereiten. „Die Hohe Behörde ist gewissermaßen ein Gärtner, der in einem Garten die Beete bereitet, in welchem die Pflanzen — jede für sich — frei wachsen und gedeihen können.“

13. August 1952

## A IV 2 a Allgemeines

### Einigung über deutsche Vorkriegsschulden

Die Londoner Konferenz zur Regelung der deutschen Vorkriegs-Auslandsschulden ist am 8. August nach einer Dauer von 23 Wochen erfolgreich beendet worden. Aus einem anschließend veröffentlichten Communiqué ergibt sich, daß die Bundes-

republik die Auslandsschulden des Deutschen Reiches in fast voller ursprünglicher Höhe übernommen hat, aber Zinserleichterungen, einen Aufschub des Tilgungsbeginns und eine wesentliche Verlängerung der Amortisationsfristen erhalten hat. Der insgesamt rückzuzahlende Betrag soll sich auf etwa 3 Milliarden Dollar (12,6 Milliarden DM) belaufen. Die Höhe des Betrags, der jährlich von der Bundesrepublik aufzubringen sein wird, ist amtlich noch nicht bekanntgegeben worden. Er soll aber rund 98 Millionen Dollar (411 Millionen DM) betragen. Dazu kommen die Zins- und Tilgungsleistungen auf die deutsche Nachkriegswirtschaft-Hilfeschulden an die drei westlichen Siegermächte nach besonderem Abkommen. Das vereinbarte Abkommen geht nun an die Dreier-Schuldenkommission (Vereinigte Staaten, Großbritannien, Frankreich) zur sofortigen Ausarbeitung als international gültiger Vertrag, der zwischen sämtlichen beteiligten Regierungen geschlossen wird. Für die deutschen Nachkriegsschulden sollen entsprechende bilaterale Verträge zwischen der Bundesrepublik und den drei Westmächten geschlossen werden. Die Gläubigerländer haben sich alle Rechte aus zusätzlichen Reparationsforderungen in einem Friedensvertrag vorbehalten, obwohl der Leiter der deutschen Delegation, Hermann J. Abs, gebeten hatte, die Bundesrepublik nicht noch mit weiteren Verpflichtungen aus der Vergangenheit zu belasten. Folgende generelle Erleichterungen wurden vereinbart:

1. Ursprüngliche Goldklauseln werden durch die Dollarbasis ersetzt, wodurch sich infolge der Währungsabwertung in den europäischen Gläubigerländern eine zum Teil erhebliche Kürzung ergibt.

2. Die künftigen Zinssätze sind gegenüber den ursprünglich festgelegten ermäßigt worden.

3. Mit der Tilgung des Schuldkapitals braucht die Bundesrepublik erst in fünf Jahren zu beginnen, und die Schlußfristen wurden zum Teil bis auf dreißig Jahre verlängert.

4. Bei bestimmten Schulden wird eine raschere Kapital- und Zinsenrückzahlung dadurch ermöglicht, daß sie in Sperrmark für Investitionszwecke innerhalb Deutschlands erfolgen kann.

Der deutsche Delegationsleiter Abs erklärte auf der letzten Plenarsitzung der Schuldenkonferenz, er betrachte die Konferenz als ein Mittel, den Weg zu einer freien und ungehinderten Entfaltung der einzelnen Volkswirtschaften und der weltwirtschaftlichen Beziehungen auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens freizumachen. Es sei notwendig gewesen, das Ausmaß der deutschen Verbindlichkeiten und den Zeitraum für ihre Abtragung so festzusetzen, daß die deutsche Wirtschaft und der deutsche Markt nicht ungebührlich stark belastet würden. Hieran seien Gläubiger wie Schuldner gleichermaßen interessiert. Abs begrüßte die Bereitschaft der Gläubigerstaaten, die zugleich Deutschlands Handelspartner sind, die deutschen Anstrengungen zur Erfüllung des Regelungsplanes durch eine entsprechende Gestaltung ihrer Handelspolitik zu unterstützen. Er stellte mit Dank fest, daß es die Regierung der USA übernommen habe, einen wesentlichen Teil der sich aus der Erhöhung des deutschen Angebots ergebenden Mehrbelastung dadurch zu überbrücken, daß sie die Aufnahme des Tilgungsdienstes aus der Nachkriegswirtschaftshilfe an Deutschland um fünf Jahre aufgeschoben hat. Damit sei der Bundesrepublik für die Anlaufperiode eine Atempause gegeben, ohne die sie nicht in der Lage wäre, den Regelungsplan durchzuführen.

13. August 1952

## A IV 7 a Allgemeines

### Bundeshilfe für Flüchtlinge in Berlin

Der Bundesbevollmächtigte in Berlin hat am 6. August nach seiner Rückkehr von Besprechungen mit der Bundesregierung das Flüchtlingsproblem in Berlin erneut geprüft. Er hat eine eingehende Besprechung mit dem Senator für das Sozialwesen, Bach, und dem Leiter des Bundesnotaufnahmeverfahrens in Berlin, Dr. Zimmer, gehabt und alle Fragen mit Sorgfalt geprüft. Als Ergebnis der Besprechung ist festzustellen, daß die Vorwürfe, der Bund erfülle nicht seine Pflicht gegenüber der entsetzlichen Flüchtlingslage, nicht erhoben werden können.

Es ergeben sich folgende Tatbestände:

1. die gesetzlich vorgeschriebene Überprüfung der in Berlin eintreffenden Sowjetzonenflüchtlinge erfolgt nach Verstärkung der Prüfstellen mit der äußerst möglichen Schnelligkeit. Der Abtransport der anerkannten Flüchtlinge, soweit sie der Bund auf-



zunehmen hat, erfolgt zügig. Es ist anzunehmen, daß die anerkannten Flüchtlinge innerhalb der nächsten 8 bis 10 Tage restlos aus Berlin abgeflogen werden können.

2. Das Bundesflüchtlingsministerium ist ständig bemüht, in den Ländern des Bundesgebietes die Unterbringungsmöglichkeiten so zu verstärken, daß die aus Berlin abgeflogenen Flüchtlinge eine menschenwürdige Unterkunft finden. Senator Bach hat bestätigt, daß die in Berlin befindlichen Flüchtlinge ohne Ausnahme eine menschenwürdige Unterkunft gefunden haben und auch in Zukunft finden werden.

3. Die in Berlin für die Betreuung der anfallenden Flüchtlinge entstehenden Kosten werden im Unterschied zu der Regelung im Bundesgebiet zu 85 Prozent vom Bund bezahlt.

4. Der Bund stellt den Ländern des Bundesgebietes für die aus der Sperrzone ausgewiesenen Flüchtlinge einen Betrag von 30 Millionen zur Verfügung, aus denen Unterkunftsmöglichkeiten geschaffen werden sollen. Der Senat der Stadt Berlin hat beantragt, aus diesen 30 Millionen Berlin einen Anteil zu gewähren, damit zusätzlich zu den vom Bund getragenen Kosten weitere Mittel zur Erstellung von Unterkünften in Berlin zur Verfügung stehen. Der Antrag wird von den Bundesressorts geprüft. Eine Entscheidung ist noch nicht gefällt worden. Es muß aber nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß die vom Bund gewährten Zuschüsse an Berlin (85 Prozent der Gesamtkosten) den Ländern nicht gewährt werden.

5. Für den Bau eines neuen Notaufnahmehagers sind bekanntlich die restlichen Mittel in Höhe von 2,5 Millionen DM bewilligt worden, so daß dieses Lager sofort in beabsichtigtem Umfang ausgebaut werden kann.

13. August 1952

## A IV 1 e Kirche

### Dibelius fordert Freiheit für die Kirche

Vor der Provinzialsynode Berlin-Brandenburg erklärte Bischof Dibelius am 9. August zur Frage des Verhältnisses von Staat und Kirche in der Sowjetzone: „Wenn der Staat einen Zustand der Beruhigung im Leben des Volkes will, dann muß er der Kirche ihre Lebensnotwendigkeiten lassen und die Beschränkung der persönlichen Bewegungsfreiheit da auflockern, wo lebenswichtige Interessen der Kirche in Frage stehen.“ Zu den Ausreisebehinderungen durch die sowjetischen Behörden erklärte Dibelius: „Wenn totale Staaten davon leben, daß sie Länder, die sich ihrer Kontrolle entziehen, in Bausch und Bogen als feindliches Ausland betrachten und den Kriegszustand mit der nichtkommunistischen Welt als ein Lebelement ansehen, so ist dies das radikale Gegenteil der Art, in der Christen zu denken pflegen.“

Dibelius ging dann auf eine Unterredung mit Grotewohl ein, in der dieser dem Bischof erklärt habe, es hinge von der Kirche ab, wie sich ihre Beziehungen zum Staat gestalteten. Beide seien sich einig darüber, daß ihr gegenseitiges Verhältnis Gegenstand besonderer Sorge sei, da sich der Sowjetenstaat auf den marxistischen Materialismus begründe, der in unüberbrückbarem Gegensatz des christlichen Glaubens stehe. Während man in der Sowjetzone versucht habe, durch „fortschrittliche Pastoren“ eine neue Kirchenleitung zu bilden, sei von keiner außerkirchlichen Stelle im Ausland oder in der Bundesrepublik jemals der Versuch unternommen worden, der Kirche Weisungen zu geben. Seit der Unterzeichnung der Bonner Verträge seien diese sowjetischen Angriffe gegen die Kirche noch verstärkt worden. Mit dem neuen Begriff „feindliches Ausland“ für die Bundesrepublik und die westlichen Länder könne sich die Kirche nicht abfinden, da diese Anknüpfungspunkte für eine Entwicklung des Friedens und der Versöhnung in allen Ländern suche.

13. August 1952

## C a CDU Deutschlands

### Evangelische Christen in politischer Verantwortung

Am 27. Juli fand in Baden-Baden eine Konferenz evangelischer CDU-Mitglieder der Kreise Rastatt, Baden-Baden, Bühl statt, an der sich auch Parteifreunde aus anderen südbadischen Kreisen wie aus Nordbaden beteiligten. Die Tagung befaßte sich mit der Verantwortung, die die evangelischen Christen für die Öffentlichkeit und für das politische Geschehen tragen. Die Erkenntnisse und Anliegen der Referate und Diskussionen wurden in folgender, von den Anwesenden einstimmig angenommener Entschließung zusammengefaßt:

Wir evangelischen Männer und Frauen in der Christlich-Demokratischen Union (CDU) ringen seit der neuen politischen Willensbildung nach 1945 darum, bei unseren evangelischen Glaubensgenossen ein echtes Verständnis für die CDU zu schaffen.

Der Uniongedanke der politischen Gemeinschaft von Christen beider großer Konfessionen, begründet und gewachsen aus dem Erlebnis des Glaubenskampfes während der Herrschaft des Nationalsozialismus, ist die einzige völlig neue politische Grundidee, die das alte Parteisystem vor 1933 durchbricht und ein Neues im Bereich der Politik schaffen will.

Wir wissen als Christen, daß es kein Lebensgebiet — auch nicht das der Politik — gibt, welches aus der Schöpfungsordnung ausgeklammert werden kann und nicht unter den Geboten Gottes stehen soll. Es ist ein grundsätzlicher Irrtum vieler Christen, gerade auch evangelischer, zu meinen, Politik habe mit unserer Glaubenshaltung nichts zu tun und man könne ruhig auch rein materialistisch ausgerichteten Parteien sein Vertrauen schenken.

Wir bitten unsere evangelischen Glaubensbrüder, sehr ernst zu prüfen, ob derartige Parteien wirklich ihrem christlichen Willen gerecht werden können und ob sie deren Politik bei den Wahlen unterstützen sollen. Toleranz genügt nicht, sondern nur eine positive christliche Haltung kann Neues in Staat und Volk bauen.

Die Frage, wo wir evangelische Christen diese politische Vertretung finden können, beantworten wir bewußt mit dem Bekenntnis: in der CDU.

Gegen die vielfach verbreitete Meinung, daß die CDU nur eine Fortsetzung des alten katholischen Zentrums sei, spricht klar der Versuch der Neugründung des alten Zentrums in Baden und dessen entschiedene Ablehnung durch unsere katholischen CDU-Freunde.

Es liegt an uns Evangelischen, durch stärkere Beteiligung in der Union die Gleichberechtigung zu wahren und durch unseren Beitrag die Partnerschaft zu stärken.

Eine gesunde neue soziale Ordnung unseres Volkslebens, ein ausgeglichenes Zusammenleben in Frieden und Freiheit in unserem Volk wie in Europa ist nur aus dem Geist des Christentums, aus seinem Menschenbild und Gottes Geboten, zukunftsverheißend und auf die Dauer angelegt. Daher stehen wir evangelischen Mitglieder aus unserer Glaubensüberzeugung in der CDU. Es sollte jeder verantwortungsbewußte evangelische Christ das gleiche tun und durch Beitritt oder durch seine Stimme bei den Wahlen die Stoßkraft der CDU verstärken.

13. August 1952

## A III 1 b FDP

### „Verrat an der liberalen Bewegung“

Die Parteiführung der Liberal-Demokratischen Partei der Sowjetzone habe nun doch dem Aufbau zum Sozialismus in der Sowjetzone zugestimmt und sich damit zum Marxismus bekannt, erklärte der Vorsitzende der Freien Demokratischen Partei, Vizekanzler Blücher, im „Ostdienst“ der FDP. Sie habe sich damit eines „einmaligen Verrates an der Geschichte der liberalen Bewegung“ schuldig gemacht. Hunderttausende von anständigen Parteimitgliedern seien bereit, zusammen mit der Freien Demokratischen Partei der Bundesrepublik im Bewußtsein ihrer Verantwortung für die Einheit und Freiheit Deutschlands den liberalen Gedanken weiter zu verfechten. „Was wir alle seit langem befürchtet haben, ist nun Wirklichkeit geworden: Die von unseren politischen Freunden in der Sowjetzone seit Jahren und unter größten persönlichen Opfern verkündete Idee der Freiheit, des Rechtes und der Menschlichkeit soll endgültig durch die Propaganda für die militante und menschenfeindliche Ideologie des Stalinismus ersetzt werden.“

13. August 1952

## C d Ausschüsse

### Parteitag der Exil-CDU im Oktober

Die Exil-CDU der Sowjetzone wird ihren diesjährigen Parteitag vom 4. bis zum 6. Oktober in Hamburg veranstalten. Im Mittelpunkt soll eine öffentliche Kundgebung stehen, auf der der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Exil-CDU sprechen wird.

13. August 1952

## A IV 1 f Elternrecht

### Hessische Eltern fordern Mitbestimmungsrecht

Wie die Evangelische Frauenarbeit in Deutschland in ihrem Mitteilungsblatt berichtet, hat der hessische Landeselternrat in einer Entschlußung das Mitbestimmungsrecht der Eltern in der Schule gefordert. Er lehnt den Standpunkt des hessischen Kultusministers ab, der den Eltern nur ein Mitberatungsrecht einräumen will. Die hessische Elternschaft werde Schulgesetze, die ohne das in Artikel 56 der hessischen Verfassung gewährte Mitbestimmungsrecht an der Gestaltung des Unterrichtswesens zustandekommen, nicht anerkennen.

13. August 1952



# Geld und Vertrauen

## Schulden-Anerkennung und Kreditwürdigkeit

Auf der Londoner Schuldenkonferenz wurde ein echter Kompromiß erzielt — eine Vereinbarung also, die dadurch zustande kam, daß sowohl die Gläubiger als auch der deutsche Schuldner Zugeständnisse machten. Im Archivteil haben wir die Ergebnisse einer Regelung im einzelnen behandelt. Sachlich ging es in London um Geld, ideell aber um die Wiederherstellung des Vertrauens zu Deutschland auf finanziellem Gebiet. Bereits am 6. März 1951 hatte die Bundesregierung gegenüber den alliierten Hochkommissaren die Haftung der Bundesrepublik für die Vorkriegsschulden des Deutschen Reiches bestätigt und dem Grunde nach die Schulden aus der Deutschland von den drei Mächten geleisteten Nachkriegs-Wirtschaftshilfe anerkannt.

Die konsequente deutsche Haltung hat ihren Eindruck nicht verfehlt. Im Ausland sind bereits eine Reihe von Stimmen laut geworden, die in der Wiederherstellung der deutschen Kreditwürdigkeit eines der wichtigsten Ergebnisse der Londoner Konferenz erblicken. Was in London erarbeitet wurde, ist vorläufig ein Plan, der den Regierungen der beteiligten Länder als Empfehlung zu geleitet wird. Ihre Sache wird es sein, diesen Plan in die Form von Verträgen zu gießen und diesen unter Wahrung der verfassungsrechtlichen Grundsätze zur Wirksamkeit zu verhelfen. Ein zahlungswilliger Schuldner ist für den Gläubiger nur so lange interessant, als er wirtschaftlich in der Lage ist, den übernommenen Verpflichtungen nach-

zukommen. Es wird also alles darauf ankommen, daß die endgültige vertragliche Vereinbarung den deutschen Schuldner in die Lage versetzt, seine Verpflichtungen wirklich erfüllen zu können. Dies wird vor allem auch dann zu beachten sein, wenn einmal in der Frage der Reparationen das letzte Wort zu sprechen sein wird. Von ihnen wird in einem der Annexverträge zum Deutschlandvertrag gesagt, sie würden durch den Friedensvertrag zwischen Deutschland und seinen ehemaligen Gegnern oder vorher durch diese Frage betreffende Abkommen geregelt werden.

Daß die in London erzielte Regelung für die Bundesrepublik eine Belastung bedeutet, ist klar. Ebenso klar ist aber: Ein Schuldner, der alte Verpflichtungen nicht erfüllt, ist nicht kreditwürdig. Kredit des Auslands aber brauchen wir, wenn wir die vielfältigen schweren Aufgaben lösen wollen, die als Erbschaft auf uns lasten. Eine Lösung des Vertriebenenproblems z. B. ist nur mit ausländischer Finanzhilfe möglich. In den Beratungen über das Lastenausgleichsgesetz wurde diese These nachdrücklich unterstrichen. Indem die Bundesrepublik in London durch ihre Vertreter sich zu einer tragbaren Regelung der alten Schulden bekannt hat, konnte sie auch hier dartun, daß die Voraussetzungen für eine Auslandshilfe bei der Lösung der großen deutschen Gegenwartsprobleme tatsächlich gegeben sind. Das ist ein Erfolg, den man nicht unterschätzen darf.

## 88 Prozent stellen Wirtschaftsaufstieg fest

Von einem demoskopischen Institut wurde an einem Querschnitt von 2000 Personen im Bundesgebiet und Westberlin die Frage gerichtet: „Würden Sie sagen, es hat in Westdeutschland seit der Währungsreform einen wirtschaftlichen Aufstieg gegeben?“

88 Prozent der Befragten haben mit „Ja“, 5 Prozent mit „Nein“ geantwortet. 7 Prozent hatten kein Urteil. Die Zustimmung kann im Verhältnis zu anderen Umfragen dieser Art als außergewöhnlich stark bezeichnet werden. Von den Männern stimm-

92 Prozent mit Ja, 5 Prozent mit Nein, in den Frauen 84 Prozent mit Ja, 6 Prozent mit Nein. Nach der politischen Orientierung stimmten Anhänger der CDU zu 93 Prozent mit Ja, zu zwei Prozent mit Nein, bei FDP und DP war das Verhältnis ähnlich. Interessant ist, daß auch von den SPD-Anhängern 90 Prozent mit Ja, 5 Prozent mit nein stimmten, von den Gewerkschaftsmitgliedern 92 Prozent mit Ja, 4 Prozent mit Nein.

In der Personengruppe mit dem niedrigsten Monatseinkommen stimmten 79 Prozent mit Ja, 6 Prozent mit Nein, 15 Prozent hatten kein Urteil. Der wirtschaftliche Aufstieg wird von der untersten Einkommensgruppe nicht wesentlich häufiger als vom Durchschnitt bestritten (6 Prozent gegenüber 4,75 Prozent).

Als weitere Frage wurde gestellt: „Wessen Verdienst ist der wirtschaftliche Verdienst in der Hauptsache?“

32 Prozent sprachen sich für die erste der Auswahlantworten aus, „Tüchtigkeit von Unternehmern und Arbeitern“, 25 Prozent erklärten sich für die Antwort „Marshallplanhilfe“, 16 Prozent für die „Wirtschaftspolitik der Bundesregierung.“

Eine erfreuliche Feststellung ist es, daß

Arbeiter, Angestellte, Selbstständige und Beamte sich mit dem höchsten Prozentsatz dafür aussprachen, daß das Verdienst am wirtschaftlichen Aufstieg in der Hauptsache der Tüchtigkeit von Unternehmern und Arbeitern gemeinsam zuzuschreiben ist. Das ist eine

Die freien Völker der Welt benötigen zwei Dinge, um sich gegen den sowjetischen Ausdehnungsdrang zu schützen: Macht und Einheit.

Dean Acheson,  
Außenminister der Vereinigten Staaten

erneute Bestätigung dafür, was durch demoskopische Untersuchungen immer wieder ermittelt wurde: Daß nämlich die Tendenz zur Einigkeit, zur sozialen Gemeinschaft, zur Zusammenarbeit in den Betrieben offensichtlich der deutschen Mentalität entspricht.

Zusammenfassend kann gesagt werden:

1. Die überwältigende Mehrheit der Befragten bejaht die Frage nach dem wirtschaftlichen Aufstieg seit der Währungsreform,
2. Das Verdienst an dem Wirtschaftsaufstieg wird in der Hauptsache drei Faktoren zugeschrieben, die tatsächlich gemeinsam den einzigartigen wirtschaftlichen Aufschwung seit der Währungsreform neben dem Akt der Währungsreform selbst — überwiegend bewirkt haben dürften: den gemeinsamen Anstrengungen von Unternehmern und Arbeitern, der Marshallplan-Hilfe und der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung, wobei keiner dieser Faktoren fehlen dürfte.

## Auf bedenklichem Wege

Der DGB-Vorsitzende Christian Fette hat eine Rede gehalten. Es war eine Sonntagsrede. Man darf außerdem nicht die Schatten baldiger Neuwahlen im DGB übersehen. Die Rede scheint nach den vorliegenden Berichten also für die Goldwaage nicht gerade geeignet zu sein. Nichtsdestoweniger muß sie zur Kenntnis genommen werden. Denn schließlich und endlich hat Christian Fette einiges gesagt, das schlecht überhört werden kann.

Zunächst hat der Vorsitzende des DGB einen Führungsanspruch erhoben, von dem er meint, die Gewerkschaften hätten als einzige öffentliche Organisation im Staate das Recht zu solcher Forderung. Über das Ausmaß des Führungsanspruchs hat er sich leider nicht geäußert. Er hat sich aber auf die politische Konzeption der Gewerkschaften und ihrer Methodik berufen sowie auf die Möglichkeit ihres Zusammenstoßes mit den Formen des klassischen Parlamentarismus, weil nun einmal der klassische Parlamentarismus der Vielfalt der modernen Gesellschaft nicht gerecht werde. Die Schuld an den „möglichen Differenzen“ zwischen Macht und Praxis der Gewerkschaften einerseits und den Parlamenten andererseits gibt er den Verfassungen des Bundes und der Länder. Daraus läßt sich der Schluß ziehen, daß die Gewerkschaften das parlamentarische System für korrekturbedürftig halten und die Verfassungen natürlich auch. Als Korrektiv käme dann, das ist unschwer zu erraten, die Gewerkschaft in Frage. Die Behauptung, eine demokratische Organisation — gemeint ist der DGB — könne möglicherweise einen demokratischen Staat „in der Parallelentwicklung“ überholen, läßt kaum einen anderen Schluß zu. Fette hält also eine Entwicklung in ständischer Richtung für nötig, wobei es fraglich erscheint, ob auch andere Gruppenverschiebungen mit einbezogen werden sollen. Unklar bleibt auch die Behauptung, ein Streik könne nicht als Bedrohung oder Vergewaltigung des Parlaments bezeichnet werden, weil die „unmittelbare Beeinflussung des Parlaments“ gleichzeitig als gewerkschaftliche Methode der politischen Praxis bezeichnet wird.

Um kein einschränkendes Mißverständnis aufkommen zu lassen, stellte Fette fest, daß sich die Ansprüche der Gewerkschaften auf alle Gebiete der staatlichen Gesamtpolitik erstreckten, also auf Wirtschaft, Kultur, Außenpolitik, Innenpolitik, Agrarpolitik, Finanzpolitik, kurz gesagt alles, was zur res publica gehört. Die These, die Gewerkschaften müßten sich auf wirtschaftliche Fragen beschränken, nannte er einen Irrglauben. Und von einer Beschränkung auf die Wahrnehmung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeitnehmerschaft — ein weites und unbestrittenes Aufgabengebiet — ist schon seit langem keine Rede mehr.

Weil der Schuman-Plan in der Konzeption und in der geistigen Ausrichtung (trotz der Institution der Hohen Behörde) in der Herausstellung des Leistungswettbewerbs auf dem gemeinsamen Markt den freiheitlichen Kurs eingeschlagen hat, mögen die deutschen Sozialdemokraten fürchten, daß das werdende Europa von diesem Geist besetzt sein wird, — und das eben ist nicht der Geist der von dirigistischem Machthunger erfüllten deutschen Sozialisten.

Bundesminister Prof. Erhard



## Kleine Infamien

Der Wahlkampf beginnt seine Schatten vorauszuwerfen. Das zeigt sich besonders in den immer skrupelloser werdenden Agitationsmethoden der SPD. So klebte eines Tages an den Anschlagssäulen ein Plakat mit der Überschrift „So sieht ihn USA“. Auf dem Plakat war aus einem langen Artikel der amerikanischen Wochenzeitung „Saturday Evening Post“ vom 15. März 1952 aus dem Zusammenhang ein Satz herausgerissen, der lautet: „Adenauer hätte erfunden werden müssen, wenn er nicht schon dagewesen wäre, um die Politik der Westmächte durchzusetzen“. Zunächst mußte man glauben, daß die KPD oder eine ihrer Tarnorganisationen hier sich ausgelassen hätte. Aber mit einigem Befremden las man dann, daß der SPD-Vorstand für dieses Plakat verantwortlich zeichnet. Was er damit erreichen will, ist klar: Im Hirn des flüchtigen Lesers soll der gleiche Eindruck entstehen, den Dr. Schumacher schon vor fast drei Jahren mit seinem berühmten Zwischenruf im Bundestag vom „Kanzler der Alliierten“ erzielen wollte und den der Vorsitzende der SPD dann in galliger Verbissenheit in die Beschimpfung kleidete: Wer die Verträge unterzeichnet, hat nicht das Recht, sich Deutscher zu nennen!

Die SPD, die anscheinend durch die nicht abreißende Kette ihrer politischen Niederlagen nervös geworden ist, hat nicht bedacht, daß derartige Äußerungen bisher in der überwiegend zur Sachlichkeit und gerechtem Urteil neigenden Mehrheit des deutschen Volkes das Gegenteil von dem erreicht haben, was beabsichtigt war, nämlich Empörung über derartige Infamien und Stärkung des Vertrauens und des Verständnisses für den Mann, der seit Jahren so mutig und mit immer größeren Erfolgen den Kampf um Befreiung und Lebensgeltung des deutschen Volkes führt.

Es ist nicht uninteressant, den Artikel der amerikanischen Wochenzeitung, der sich mit deutschen Verhältnissen befaßt, in seinem Zusammenhang zu lesen. Der Autor sieht vieles richtig, manches falsch. Aus der genauen Lektüre seiner Darlegungen ergibt sich aber eindeutig, daß er unter der „Politik der Westmächte“ keinesfalls eine gegen das deutsche Volk gerichtete Politik meint, sondern jene Politik, die sich um die Zusammenfassung des Westens bemüht, um die freien Völker vor der Flut des Bolschewismus zu schützen. Mit anderen Worten ausgedrückt, will der Autor an dieser Stelle nichts anderes sagen als: Adenauer ist ein wirklicher Westeuropäer und der Mann, der Deutschland in die Gemeinschaft der westlichen Welt — im Gegensatz zur kommunistischen Welt — einführen will. Das ist denn doch etwas ganz anderes, als der Eindruck, den die SPD durch das Herausreißen dieses einen Satzes beim flüchtigen Leser aus rein propagandistischen Gründen wachrufen möchte.

An einer Anschlagssäule in Bonn hat, wie uns ein Leser mitteilt, jemand unter diesen Text geschrieben: „Will denn die SPD Ihre Politik mit den Ostmächten durchsetzen?“ Darunter schreibt ein Anderer: „Nicht Ost und nicht West“. Und nun hat der erste Schreiber wieder geantwortet: „Braver Michel, träume weiter“.

Es ist weiterhin bezeichnend, daß sich auf den Satz aus dem Artikel der amerikanischen Wochenzeitung nicht nur der SPD-Vorstand gestürzt hat, sondern auch der

Moskauer Rundfunk. Sicherlich hat keine gemeinsame Abstimmung über diese einheitliche Hetzpropaganda stattgefunden. Aber auch hier ist ein neuer Beweis geliefert, wie weitgehend schon die SPD-Propaganda und die Moskauer Propaganda in ihrem maßlosen Kampf gegen die Bundesregierung und das deutsche Volk gleiche Wege gehen.

Auf der gleichen Linie liegt ein ähnliches Agitationsblatt, das vor kurzem verteilt wurde. Es stellt einen Militärstiefel dar, aus dem angsterfüllt der deutsche Michel herausblickt und der als Geschenk Adenauers gekennzeichnet wird. Es wird dann auf der Rückseite eine übrige in ihrer Höhe keineswegs authentische Ziffer für die Kosten des Verteidigungsbeitrages genannt. Dabei wird natürlich verschwiegen,

## Steigendes Interesse der Jugend an der Kommunalpolitik

Die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU Nordrhein-Westfalens führt, wie wir bereits berichteten, laufend in Stadt und Land kommunalpolitische Lehrgänge für die Jugend durch. Das Interesse der Jugend an diesen Lehrgängen nimmt fortgesetzt zu. Es besteht damit die Aussicht, bei den kommenden Kommunalwahlen über ge-

nügend geeignete und interessierte junge Menschen zu verfügen, die als Kandidaten herausgestellt werden können. Eine von den Vertretern der jungen Generation aufgezogene Ratssitzung in Coesfeld mit entsprechend verteilten Rollen bewies die Aufgeschlossenheit für die Kommunalpolitik und die Erkenntnis für Gemeinde und Bürgerschaft mit verantwortlich zu sein.

## Einheitslisten in Niedersachsen?

Nach Pressemeldungen aus Hannover haben in fast allen Kreisen des Regierungsbezirks Stade Vertreter der DP, der CDU, der FDP, des BHE und des Mittelstandsblocks vorbereitende Besprechungen über die Aufstellung von Einheitslisten für die niedersächsischen Kommunalwahlen aufgenommen. In Aurich haben sich die CDU, FDP, DP, SRP, FSU, der Kreishandwerksverband, der Kreisverein des Landvolkverbandes, der Einzelhandelsverband, der Kaufmännische Verein sowie der Haus- und Grundbesitzerverein zu einer Wählergemeinschaft zusammengeschlossen, die bei den kommenden Gemeindevahlen in Niedersachsen nur mit einer Gemeinschaftsliste auftreten und damit eine Stimmenzersplitterung im bürgerlichen Lager verhindern will. Der BHE in Niedersachsen beschloß, wie wir bereits mitteilten, bei den Kommunalwahlen im Herbst auf Kreisebene keine Wahlbündnisse einzugehen.

## 677 Mill. DM Spareinlagenzuwachs

Der Einzahlungsüberschuß im Sparverkehr betrug bei den öffentlichen Sparkassen im Juni 86,5 Mill. DM. Für das erste Halbjahr 1952 ergibt sich damit ein Einzahlungsüberschuß von 647 Mill. DM, zu dem rund 30 Mill. DM Zinsgutschriften und sonstige Veränderungen kommen, so daß der gesamte Spareinlagenbestand, der sich am 1. Januar auf 3,3 Mrd. DM belief, Ende Juni bis auf wenige Mill. an die Viermilliarden-Grenze herangekommen war. Der Einzahlungsüberschuß des ganzen Jahres 1951 ist damit bereits um 60 % und das wesentlich günstigere Ergebnis von 1950 um 12 % übertroffen. Der leichte Rückgang des Überschusses gegenüber dem Vormonat (95,5 Mill. DM) erklärt sich aus dem Geldbedarf der Feriensaison. Die steuerbegünstigten Spareinlagen nahmen im Juni um 6 auf 301 Mill. DM zu. Die Giroeinlagen bei den Sparkassen erhöhten sich um 34 Mill. DM auf 4,62 Mrd. DM.

Ähnlich wurden in Rheine unter Leitung des CDU-Kreisgeschäftsführers Rook und erfahrener Kommunalpolitiker (Oberkreisdirektor Dr. Strunden, Stadtdirektor Naber, Burgsteinfurt, Amtsdirektor Rösman, Laer, und Amtsdirektor Stenne, Nordwalde) als Referenten solche Wochenendlehrgänge durchgeführt. Man konnte dabei, wie die Rheiner Ausgabe der „Westfälischen Nachrichten“ berichtet, die feste Überzeugung gewinnen, daß diese jungen Menschen, die später einmal in die Gemeindevertretungen einziehen sollen, auf die Aufgabe, die dort auf sie wartet, wohl vorbereitet werden. Es wurde ihnen systematisch Aufschluß gegeben über die historische Entwicklung, die Organisation, die Aufgaben und über die Rechtsgrundlage der gemeindlichen Selbstverwaltung. Die jungen Menschen erfuhren Näheres über die Rechte und Pflichten der Mandatsträger und Ratsvorsitzenden sowie über die Neugestaltung der Gemeindeordnung. Sie erhielten auch Kenntnis von der Vorbereitung einer Ratssitzung, von der Notwendigkeit einer Fraktionsbildung, von der Bedeutung interfraktioneller Besprechungen, von der Beratung der Tagesordnung der Ratssitzung in der Fraktion, vom Ablauf einer Bürgermeisterwahl und von der Wahl eines Hauptgemeindebeamten. Ebenso gewannen die jungen Teilnehmer in diesen Lehrgängen Einblick in den Haushaltsplan und einen Überblick über die Gemeindesteuern, die Gebühren und Beiträge sowie über den Finanzausgleich und zugleich auch über Amt und Aufgaben des Kämmerers. Auch in Rheine schloß sich daran die Durchführung einer von den Tagesteilnehmern selbst bestrittenen Ratssitzung an. Sehr wertvoll war auch hier, daß die Kurssteilnehmer nach Beendigung eines jeden Referates über alles, das, was sie inzwischen erfahren hatten, nochmals zusammenfassend berichteten und diskutierten.

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, Bonn, Blücherstr. 14. Redaktion: Bonn, Pressehaus IV am Bundeshaus, Schließfach 102. Druck: Buch- u. Verlagsdruckerei L. Leopold, Bonn.